Niederschrift
über die Sitzung des Gemeinderates der Ortsgemeinde Oberarnbach
vom 29.11.2017

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Herr Arno Eckel

Erste Beigeordnete

Frau Nicol Lehmann

ab 19:10 Uhr

Beigeordnete/r

Frau Barbara Reinert

Ratsmitglied

Herr Frank Breitenborn

Herr Bernd Jung

Herr Reiner Klein

Herr Georg Paulus

Herr Uwe Prien

Schriftführer/in

Frau Rosemarie Kayser

Presse

Rheinpfalz Redaktion

Herr Bath

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglied

Herr Friedbert Boos

Anwesenheit während der Beratung und Beschlussfassung:

TOP 1 bis TOP 9.2:

Der Vorsitzende und 7 Ratsmitglieder

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Die Mitglieder des Gemeinderates Oberarnbach sind nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Anzahl unter dem Vorsitz von Herrn Ortsbürgermeister Arno Eckel im Sitzungssaal der Arnbachhalle versammelt.

Der Vorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Bedenken gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bebauungsplan "Solarpark Oberarnbach"; Abwägungsbeschluss nach vorzeitiger Beteiligung der Öffentlichkeit u. Träger öffentlicher Belange; Annahmeschluss u. Weiterführung des Verfahrens
Vorlage: OAB/069/2017
3. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze der Ortsgemeinde Oberarnbach
Vorlage: OAB/071/2017
4. Wirtschaftswege in der Gemarkung Oberarnbach
Vorlage: OAB/070/2017
5. Auf- und Ausbau von WLAN-Hotspots in Rheinland-Pfalz
Vorlage: OAB/072/2017
6. Bauvorhaben (vorsorglich)
7. Verschiedenes - Anfragen und Mitteilungen
 - 7.1. Anfragen gem. § 19 der Geschäftsordnung (vorsorglich)
 - 7.2. Mitteilungen der Verwaltung

Protokoll:

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

TOP 2 Bebauungsplan "Solarpark Oberarnbach"; Abwägungsbeschluss nach vorzeitiger Beteiligung der Öffentlichkeit u. Träger öffentlicher Belange; Annahmeschluss u. Weiterführung des Verfahrens Vorlage: OAB/069/2017

Sachverhalt:

Am 14.12.2016 fasste der Gemeinderat Oberarnbach den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan (BPl) „Solarpark Oberarnbach“. Ebenso beschlossen wurden die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durch öffentliche Auslegung der Unterlagen (§ 3 Abs. 1 BauGB) und die frühzeitige Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB).

Diese erste, nicht förmliche Beteiligungsstufe im Verfahren wurde gemeinsam und inhaltsgleich mit dem parallelen Bauleitplanverfahren der Verbandsgemeinde Landstuhl zur notwendigen Teiländerung des Flächennutzungsplans (FNP) ordnungsgemäß durchgeführt.

Alle im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungsstufe eingereichten Stellungnahmen – Anregungen, Einwände, Bedenken – wurden vom beauftragten Fachbüro ARGUS CONCEPT ordnungsgemäß erfasst, auf die Vereinbarkeit mit dem Planvorhaben geprüft und entsprechend bewertet. Als Ergebnis dieses sogenannten Abwägungsverfahrens wurde eine Beschlussvorlage zur Abwägung erarbeitet und der Verwaltung vorgelegt. Nach Prüfung durch die Verwaltung erhalten Sie in der Anlage den Abwägungsvorschlag (auch Synopse genannt), der alle Stellungnahmen mit Ausführungen zum Vorhaben beinhaltet, zur Kenntnisnahme und Entscheidung.

Systematisch finden Sie im Abwägungsvorschlag auf der linken Seite die stellungnehmende Einrichtung mit Ordnungsnummer, den Inhalt der Stellungnahme und jeweils auf der rechten Seite die Auswirkungen und Relevanz dieser auf die Planung, ggf. auch die Notwendigkeit von Nachbesserungen usw. sowie einen abschließenden Abwägungsvorschlag.

Vereinfacht zusammengefasst gingen zwar zahlreiche Stellungnahmen ein, jedoch waren hiervon lediglich zwei (inhaltlich deckungsgleiche - Ordnungsnummer 3: Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr; Ordnungsnummer 4: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben), für das Planvorhaben gewichtig.

Inhaltlich konnte mit diesen 2 Stellungnahmen dem Vorhaben aus militärischer Sicht zunächst nicht zugestimmt werden, da das Planvorhaben (zunächst) als unvereinbar mit dem Standort und dem militärisch unverzichtbaren Betrieb der Einrichtung Polygone eingestuft wurde.

In zahlreichen Abstimmungs- und Verhandlungsgesprächen konnte letztlich ein

gemeinsamer, tragfähiger Konsens gefunden werden, auf dessen Grundlage - durch eine überschaubare und vertretbare Änderung der Ursprungsplanung sowie eine vertragliche Vereinbarung bezüglich der Schlüsselgewalt über das Gelände - eine militärische Zustimmung zum Projekt in Aussicht gestellt wurde. Die Details entnehmen Sie bitte der Synopse (Seiten 4 – 11).

Die entsprechend dem Abwägungsvorschlag der Synopse angepasste und aktualisierte Planung (Plan FNP, Plan BPI, gemeinsame Begründung) erhalten Sie in der Anlage.

Der Umweltbericht wird derzeit noch bearbeitet und soll zur Sitzung vorgelegt werden.

Beschlussvorschlag:

Notwendig ist die Fassung folgender Beschlüsse:

1. Der Abwägung wird entsprechend dem vorgelegten Beschlussvorschlag (Synopse) ausdrücklich zugestimmt (Abwägungsbeschluss, § 2 Abs. 3 BauGB).
2. Auf Grundlage des gefassten Abwägungsbeschlusses wird die Planung entsprechend den aktualisierten Planungsunterlagen (s. Anlage) angenommen.
3. Auf der Grundlage der geänderten Planungsunterlagen erfolgt die Weiterführung des Bauleitplanverfahrens zur Aufstellung des BPI. Vorbehaltlich einer analogen Beschlussfassung der Verbandsgemeinde Landstuhl im Parallelverfahren zur Teiländerung des FNP erfolgen die weiteren Verfahrensschritte gemeinsam.
4. Schnellstmöglich soll die zweite, förmliche Beteiligungsstufe im Bauleitplanverfahren durchgeführt werden, konkret:
 - > Beteiligung der Öffentlichkeit durch Auslegung der Unterlagen für die Dauer eines Monats (§ 3 Abs. 2 BauGB)
 - > Beteiligung der Behörden, Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden (§ 4 Abs. 2 und § 2 Abs. 2 BauGB).

Der Gemeinderat möge über die Angelegenheit beraten und – wie von der Verwaltung vorgeschlagen - die genannten Beschlüsse fassen.

Finanzielle Auswirkungen: ja nein

Die Beschlussfassung hat **KEINE** finanziellen Auswirkung auf den Haushalt der Ortsgemeinde Oberarnbach, da sämtliche Verfahrenskosten vom Vorhabenträger zu tragen sind.

Beratung und Beschlussfassung:

Ortsbürgermeister Eckel erläutert das Wesentliche.

Der Gemeinderat folgt in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig den Vorschlägen der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 8 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

**TOP 3 Änderung der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze der Ortsgemeinde Oberarnbach
Vorlage: OAB/071/2017**

Sachverhalt:

Die Steuerhebesätze betragen zurzeit in der Ortsgemeinde Oberarnbach

Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftliche Betriebe)
360 v.H.

Grundsteuer B (für Grundstücke)
400 v.H.

Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag
385 v.H.

Hundesteuer

für den ersten Hund	jährlich	36,00 €
für den zweiten Hund	jährlich	48,00 €
für jeden weiteren Hund	jährlich	60,00 €
für gefährliche Hunde	jährlich	72,00 €

Die Haushaltsgenehmigung 2017 der Ortsgemeinde Oberarnbach seitens der Kommunalaufsicht hat folgenden Wortlaut:

Sowohl der Ergebnishaushalt als auch der Finanzhaushalt ist nicht ausgeglichen.

Ein unausgeglichener Haushaltsplan widerspricht dem in § 93 Abs. 4 GemO normierten Gebot des Haushaltsausgleiches und ist eine Rechtsverletzung gegen die Bedenken erhoben werden (VV Nr. 1.2 und 1.3 zu § 97 GemO).

Nach den Korrekturen im Jahresabschluss 2012 wurde die Kapitalrücklage – und damit gleichzeitig das Eigenkapital zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz – mit 1.597.313,40 € ermittelt und festgestellt. Nach den Plandaten wird das Eigenkapital zum Ende des Finanzplanungszeitraumes (2020) um 32 v.H. auf dann 1.088.930,- € abnehmen.

Mit der Genehmigung der Haushaltssatzung 2015 wurde die Ortsgemeinde darauf hingewiesen, dass ihr die Beachtung eines strikten Haushaltskonsolidierungskurses obliegt, wobei alle gestaltbaren Möglichkeiten zur Ausgabenreduzierung (dies gilt auch für die Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung) sowie zur Ausschöpfung der eigenen Einnahmequellen zu nutzen sind.

Die Anhebung der Realsteuerhebesätze stellt eine geeignete Maßnahme zur Verringerung des Jahresfehlbetrages dar, reicht insgesamt aber nicht aus, einen Haushaltsausgleich zu erzielen.

Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums hat die Gemeinde Finanzmittelfehlbeträge seit Einführung der Doppik im Jahr 2008 von 231.000,- € erwirtschaftet bzw. geplant.

Die Finanzmittelfehlbeträge sind wenigstens im möglichen Umfang zu vermindern, weshalb für 2018 weitere Konsolidierungsmaßnahmen erwartet werden.

Wir wiederholen unseren Hinweis, dass von Kommunen welche am KEF-RP teil-

nehmen erwartet wird, die Hebesätze der Realsteuern bis spätestens zum Haushaltsjahr 2017 auf ein Niveau anzuheben, welches auch andere Ortsgemeinden im Landkreis Kaiserslautern festgesetzt haben (Grundsteuer A und B 450 v.H., Gewerbesteuer 400 v.H.).

Dies muss in vergleichbarer Größenordnung aufgrund der genannten Finanzmittelfehlbeträge und der Abnahme des Eigenkapitals für die Ortsgemeinde als Orientierung dienen.

Das Steueraufkommen bei den Realsteuern, welches über den Nivellierungssätzen liegt, verbleibt der Kommune in voller Höhe. Umlagen an den Landkreis bzw. die Verbandsgemeinde sind aus diesen Beiträgen nicht zu zahlen. Auch werden Schlüsselzuweisungen an die Gemeinde dadurch nicht vermindert.

In nachfolgenden Übersichten finden Sie zum einen eine Berechnung über die Erhöhung der Realsteuern und der Hundesteuer für die Ortsgemeinde Oberarnbach für das Haushaltsjahr 2018 und zum anderen eine Aufstellung aller Realsteuerhebesätze, sowie der Hundesteuer aller Gemeinden der Verbandsgemeinde aus dem Jahr 2017.

Da die Hundesteuer mit Anfang des auf die Aufnahme eines Hundes in einem Haushalt folgenden Monats beginnt und mit Ablauf des Kalendermonats in dem der Hund abgeschafft wird endet (§ 4 Abs. 1 u. 2 Hundesteuersatzung), muss sie durch zwölf Monate teilbar sein.

Die Verwaltung empfiehlt die Hebesätze der Realsteuern zu erhöhen (Grundsteuer A und B auf 450 %, Gewerbesteuer auf 400%) und die Hundesteuer anzupassen, da ansonsten, wie in der Haushaltsgenehmigung 2017 erläutert, mit Auflagen in der Haushaltsgenehmigung 2018 zu rechnen ist.

Wie Sie im Anhang sehen, haben bereits alle Gemeinden innerhalb der Verbandsgemeinde, mit Ausnahme von Mittelbrunn, ihre Hebesätze bereits für das Haushaltsjahr 2017 auf das vorgeschlagene Niveau angehoben.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge darüber beraten und entscheiden.

Beratung und Beschlussfassung:

Die Ratsmitglieder beraten ausführlich den Vorschlag der Verwaltung zur Anhebung der Hebesätze der Realsteuern sowie die Anpassung der Hundesteuer für die Ortsgemeinde.

In Anbetracht verneinter Investitionen im kommenden Haushaltsjahr sprechen sich die Ratsmitglieder in getrennten Abstimmungen gegen die Erhöhung der Hebesätze für Realsteuern als auch gegen eine Erhöhung der Hundesteuer aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt Ja 0 Nein 7 Enth. 1 Befangen 0

TOP 4 Wirtschaftswege in der Gemarkung Oberarnbach Vorlage: OAB/070/2017

Sachverhalt:

Der Beitragssatz für die Herstellung und die Unterhaltung der Feld-, Wald- und Wirtschaftswege in der Gemarkung Oberarnbach ist für das Haus-

haltsjahr 2018 fortzuschreiben. Seit dem Jahr 2010 beträgt dieser jährlich unverändert 0,12 €
pro Ar (=100m²).

Beschlussvorschlag:

Nach Rücksprache mit Herrn Ortsbürgermeister Eckel wird vorgeschlagen, den Beitragssatz auch für das Haushaltsjahr 2018 unverändert auf 0,12 € pro Ar festzusetzen.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat stimmt wie vorgeschlagen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 8 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

**TOP 5 Auf- und Ausbau von WLAN-Hotspots in Rheinland-Pfalz
Vorlage: OAB/072/2017**

Sachverhalt:

Auf- und Ausbau von WLAN-Hotspots in Rheinland-Pfalz:

Nachdem am 22. August der Zuschlag für den WLAN-Rahmenvertrag des Landes an „[The Cloud Networks Germany GmbH](#)“ vergeben wurde, ist am 1. Oktober 2017 das Programm zur Förderung des Ausbaus von WLAN-Hotspots in Rheinland-Pfalz gestartet.

Mit dem WLAN-Rahmenvertrag stellt das Land seinen Kommunen ein umfangreiches „**Rundum-Sorglos-Paket**“ zur Verfügung:

Aufwendige Einzelausschreibungen entfallen.

Mit dem „**Basispaket**“ bietet der Rahmenvertrag alles, was für einen Hotspot grundlegend benötigt wird: Rechtssicherheit (Störerhaftung), Auftragsklärung, Hardware, Internetanschluss, SSID (Die Abkürzung SSID steht für "Service Set Identifier". Hinter der Bezeichnung versteckt sich der Name von einzelnen WLAN-Netzwerken), Zugangssicherung, Landingpage (Startseite mit Landeslogo), Jugendschutz, Rechnungsstellung, Wartung & Pflege etc.

Durch **Erweiterungsmöglichkeiten** werden zusätzliche, optionale Leistungen und Hardwareerweiterungen (In-/Outdoor), Bedarfsermittlung, Vor-Ort-Dienste etc, angeboten, mit denen ein WLAN-Hotspot funktional und technisch auf eigene Rechnung erweitert werden kann.

Hier die **wichtigsten Eckpunkte** des WLAN-Förderprogramms:

Das Land fördert auf Grundlage der „[Förderkriterien zum Ausbau von WLAN-Hotspots in den Kommunen von Rheinland-Pfalz](#)“ den Ausbau von WLAN-Hotspots einmalig pauschal mit 500 Euro je Antragsteller / Kommune.

Zur Inanspruchnahme des pauschalen Förderbetrags von 500 Euro je Antragsteller/Kommune ist eine Inanspruchnahme des kompletten Förderfestbetrags anhand von Originalrechnungen nachzuweisen.

Jährlich werden zwei Auswahltermine durchgeführt: 31.3. und 30.9. In diesem Jahr sind Anträge davon abweichend bis zum 30.11. möglich.

Mit der pauschalen Festbetragsförderung können Leistungen aus dem WLAN Rahmenvertrages des Landes, aber auch mit den Leistungen des WLAN-Rahmenvertrages des Landes vergleichbare Leistungen direkt am Markt bezuschusst werden. Genaueres regeln die „[Förderkriterien zum Ausbau von WLAN-](#)

Hotspots in den Kommunen von Rheinland-Pfalz“.

Orte in Oberarnbach, an denen öffentliche WLAN-Versorgung bereitgestellt werden kann:

- Dorfgemeinschaftshaus
- Dorfplatz

Vor- und Nachteile von WLAN

WLAN erfreut sich konstant steigender Beliebtheit und findet sich längst nicht mehr nur in modernen Büros, sondern mittlerweile auch in zahlreichen Privathaushalten.

Dies ist durchaus auch nachvollziehbar, denn WLAN bedeutet nicht nur, dass eine kabellose, schnelle Verbindung zum Internet möglich ist, sondern bietet darüber hinaus einige weitere wesentliche Vorteile.

Hier eine Übersicht:

Kostengünstige Erweiterung von bestehenden Netzwerken:

Werden bestehende Netzwerke auf die traditionelle Art und Weise erweitert, steht dies im Regelfall im Zusammenhang mit einer recht aufwendigen und teuren Neuverkabelung. Diese entfällt allerdings, wenn WLAN-Komponenten in die bestehende Netzwerkstruktur integriert werden und das Netzwerk auf diese Weise ohne Neuverkabelung erweitert wird.

Hinzu kommt als Nebeneffekt, dass auf diese Weise zeitgleich auch neue User/Nutzer kurzfristig in das bestehende Netzwerk eingebunden werden können.

Nutzbarkeit:

Öffentlich zugängliches WLAN kann dazu führen, dass z.B. **öffentliche Plätze** und **touristische Orte** attraktiver werden und deshalb auch häufiger frequentiert werden. Dank der mittlerweile recht zahlreichen Hotspots an öffentlichen Plätzen wie beispielsweise Bahnhöfen, Flughäfen, Hotels und Restaurants ist es durch WLAN möglich, sich nahezu unbegrenzt in das Internet einzuwählen, um so auf das Unternehmensnetzwerk zugreifen zu können oder auch, um seine E-Mails und andere Daten abzurufen. Viele Menschen, die auf der Durchreise, Dienstreise usw. sind, aber auch Montagearbeiter, Asylanwärter oder Militärangehörige, die ohne Festnetzanschluss sind, nutzen gerne die Möglichkeit des WLAN's, um zu kommunizieren und korrespondieren.

Gebäudeschutz:

WLAN erfordert kein Verlegen von Kabeln und kein Bohren und Legen von Leitungen. Insofern ist WLAN insbesondere dann eine Alternative, wenn Netzwerke in Gebäuden eingerichtet werden sollen, die aufgrund von Auflagen hinsichtlich des Gebäude- oder Denkmalschutzes baulich nicht verändert werden dürfen.

Allerdings stehen diesen Vorteilen auch Nachteile gegenüber:

Geschwindigkeit:

Mehrere Faktoren nehmen Einfluss auf die Übertragungsgeschwindigkeit, dazu gehört beispielsweise, wie viele User/Nutzer auf eine Funkzelle zurückgreifen. Je mehr User/Nutzer sich allerdings einen Accesspoint (Zugriffspunkt) teilen, desto weiter wird auch die Übertragungsgeschwindigkeit aufgeteilt, das heißt, desto langsamer wird die Verbindung.

Hinzu kommen die häufig deutlichen Differenzen zwischen der Netto- und der Bruttoreate der Bandbreite. Dies erklärt sich damit, dass es sich bei den Angaben

zu den Übertragungsraten, um theoretische Werte handelt, die in der Praxis aber meist nicht erreicht werden können.

Störungen:

Ein weiterer Nachteil kann sich dadurch ergeben, das WLAN Luftschnittstellen nutzt, auf die auch andere Geräte wie beispielsweise Funkfernbedienungen, funkgesteuerte Zentralverriegelungen oder Mikrowellen zurückgreifen.

Dies kann zu Störungen und teils sogar Ausfällen des Netzwerks führen. Zudem gilt bei der Installation auf die baulichen Merkmale zu achten. So können beispielsweise Stahlträger, Metallverstrebungen oder extrem dicke Wände in Altbauten dazu führen, dass die Signale ihr Ziel nicht ordnungsgemäß erreichen.

Überwachung:

Jede Session (Sitzung der WLAN Nutzer) wird gespeichert.

Nutzen des WLAN-Netzes aus der männlichen und weiblichen Perspektive:

Die WLAN-Accesspoints werden überwiegend von Männern genutzt. Es kann sein, dass Frauen sie weniger nutzen, weil ihnen die männliche Präsenz an diesen Punkten nicht gefällt bzw. sich nicht sicher fühlen. Deshalb wäre es wichtig, eine sichere und gut geschützte Möglichkeit zur Nutzung für die Frauen zu berücksichtigen.

Kosten

Anschaffungskosten ab ca. 1000 €.

Unterhaltungskosten für Hotspot Paket inkl. Internetleitung, exklusive Hardware und inklusive Service Desk für vorqualifizierte Störungsmeldungen 409,80 € (Jährlich).

Mietkosten ab 217,08 € (Jährlich)

Energiekosten ca. 78,00 € (Jährlich)

Wartungskosten ca. 37,12 € (Jährlich)

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat Oberarnbach möge über die Angelegenheit beraten und beschließen.

Beratung und Beschlussfassung:

Die Ratsmitglieder sprechen sich gegen den Ausbau von WLAN-Hotspots in Oberarnbach aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 0 Nein 8 Enth. 0 Befangen 0

TOP 6 Bauvorhaben (vorsorglich)

Es liegen keine Bauvorhaben vor.

TOP 7 Verschiedenes - Anfragen und Mitteilungen

TOP 7.1 Anfragen gem. § 19 der Geschäftsordnung (vorsorglich)

Es erfolgen keine Anfragen.

TOP 7.2 Mitteilungen der Verwaltung

Ortsbürgermeister Eckel informiert über ein Schreiben der Kreissparkasse Kaiserslautern zur Schließung der Geschäftsstelle Obernbach zum 30. November 2017 (s. Anlage).

Der Vorsitzende informiert über Bemühungen, eine Bäckerei-Filiale nach Oberarnbach zu bekommen. Die Verhandlungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen.

Der Ortsbürgermeister informiert, dass die Ortsgemeinde Weilerbach ein Klavier sucht. Ein in der Arnbachhalle stehendes Klavier der Gemeinde hat keine Verwendung. Daher wird beabsichtigt, dieses Musikinstrument, dessen Schätzwert bei 400 € bis 500 € liegt, der Ortsgemeinde Weilerbach zum Kauf anzubieten.

Der Vorsitzende informiert über die Terminierung der nächsten Sitzungen:
-Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 13. Dezember 2017
-Sitzung des Gemeinderates am 21. Dezember 2017

Im Anschluss der letzten Gemeinderatssitzung in diesem Jahr lädt der Vorsitzende die Ratsmitglieder, den anwesenden Pressevertreter sowie den Mitarbeiter der Verwaltung zu einem Jahresabschlussessen in das Sportheim ein.

Nachdem keine weiteren Anfragen und Mitteilungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:10 Uhr und bedankt sich für die Mitarbeit.

Arno Eckel
Vorsitzender

Rosemarie Kayser
Schriftführerin